

# Podiumsdiskussion

*Deutschlands soziale Sicherungssysteme  
sind nicht mehr zukunftsfähig*



Zusammenfassung einer Debatte

Es ist schon Tradition auf dem DVLAB Bundeskongress, dass am ersten Tag zu brennenden Themen der Altenhilfe engagiert und teils auch strittig auf dem Podium diskutiert wird. Das Thema in diesem Jahr: Wie geht es weiter mit der Pflegeversicherung? Moderiert wird die Debatte von DVLAB-Chef **Peter Dürrmann**.

Vier Menschen haben sich zu ihm auf die Bühne gewagt:

- **Simone Borchardt** ist Gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU Bundestagsfraktion und Mitglied im Gesundheitsausschuss. Sie wirkt auch in der Bund-Länder-AG „Zukunftspakt Pflege“ mit.
- **Simone Fischer** ist Sprecherin für Pflegepolitik der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und ebenfalls Mitglied im Gesundheitsausschuss.
- **Prof. Dr. Heinz Rothgang**, Gesundheitsökonom an der Universität Bremen, hat mit seinem Team auch das 3. Gutachten zur „Alternativen Ausgestaltung der Pflegeversicherung“ im Auftrag der Initiative Pro-Pflegereform verfasst.
- **Dr. Markus Plantholz** ist Fachanwalt, ausgewiesener Experte im Sozial- und Medizinrecht sowie Partner der Hamburger Sozietät nexus.rechtsanwälte.

*Peter Dürrmann* schlägt auf, denn er hat errechnet, dass die Pflegeversicherung eigentlich über 7,6 Milliarden Euro verfügen müsste. *Simone Borchardt* toppt diese Zahl: „Nach meiner Rechnung sind es 12 Milliarden – zusammen mit allem, was die PV noch zurückbekommen müsste. Ich sage nämlich ganz laut: **Staatsaufgaben müssen vom Staat und nicht von der Pflegeversicherung finanziert werden.**“ *Dürrmann* hakt nach: „Und warum passiert das dann nicht?“ *Simone Fischer* meint, weil Bundesgesundheitsministerin Warken kein Gehör gefunden habe. „Denken wir nur an die Corona-Mehrkosten oder die versicherungsfremden Leistungen wie die Rentenbeiträge für pflegende Angehörige – aber da passiert nichts.“ *Heinz Rothgang* ergänzt: „Auch die medizinische Behandlungspflege gehört nicht in die Pflegeversicherung, sondern in die GKV. Ursprünglich war sie dort auch angesiedelt und wurde seinerzeit nur vorübergehend in die PV genommen. Daran hat man sich dann gewöhnt und es so gelassen, obwohl die Systematik ganz klar falsch ist, das wissen alle. Die Finanzminister – egal welcher Parteifarbe – sagen aber immer nein zu einer Zurückverlagerung.“

*Markus Plantholz* schüttelt den Kopf „über diesen ganzen **Verschiebbahnhof**“ und bohrt nach: „Warum bleibt es bei der Fragmentierung?“ *Dürrmann* blickt zu *Simone Borchardt*: „Ja, was ist denn nun zum Beispiel mit den 5,5 Milliarden Corona-Hilfen, die der Bund der PV schuldet?“ *Borchardt* nickt: „**Wir müssen gesundheitsökonomisch schon sauber arbeiten.** Aber wenn ich mir die Bund-Länder-AG so anschau, kann ich nicht erkennen, dass dort ein Reformwille ist. Man ist nicht bereit dazu, das macht mir große Sorgen. Aber es sind ja auch keine Praktiker\*innen dabei. Andernfalls wären dort die Erkenntnisse wohl effektiver. **Ich wünsche mir wirklich mehr Reformwillen.**“ *Simone Fischer* sieht die Sache anders: „Ich glaube: **Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.** Wir Grünen sind da jedenfalls eindeutig: Die Reform muss fair und solidarisch sein und darf

sich nicht nur am Sparen ausrichten. Wir brauchen auch eine Strukturreform und ebenso die Begrenzung der Eigenanteile.“

*Dürrmann* wirft mit Blick auf die Zwischenergebnisse der AG ein, dass der Pflegegrad 1 nun doch erhalten bleiben soll, aber in den Graden teils höhere Schwellenwerte angesetzt werden sollen. „Was will die CDU/CSU?“ Diese Frage geht wieder an *Borchardt*, die den Endergebnissen der AG jedoch nicht vorgreifen will. Eine Strukturreform sieht sie aber als notwendig an, schon wegen des allgegenwärtigen Personalmangels und dem nötigen Ausbau der Tagespflegen. „Deshalb gehört auch mehr Geld in die Kommunen.“ Angesprochen ist hier die kommunale Bedarfsplanung. *Plantholz* aber fürchtet, dass diese ohne Konsequenzen bliebe. „**Es wird keine Bedarfssteuerung stattfinden, weil dafür keine Mittel da sind.**“

*Borchardt* entgegnet, man müsse mutig genug sein, die Kommunen entsprechend auszustatten, zuckt jedoch selbst mit den Achseln: „Politik denkt ja nicht in Wertschöpfungsketten, nicht generationsübergreifend...“

*Dürrmann* erinnert sich an einen Fall, in dem drei verschiedene Träger im selben Kasernengelände Tagespflegen bauen wollten. „Sowas muss die Kommune doch steuern!“ Dazu *Rothgang*: „Soll sie eine Tagespflege verbieten? Oder zwei? Oder anderes schaffen, das man braucht? Aber wie?“ *Plantholz* bleibt bei seiner Linie: „Entweder wir haben eine Bedarfssteuerung oder nicht. Aber wenn, dann brauchen wir einen Bedarfsplan und alle fünf Jahre eine Überprüfung, ob der noch okay ist. Aus meiner Sicht sollte bei Versorgungslücken eine öffentlich transparente Vergabe stattfinden.“ *Fischer*, die sich selbst als „kommunal sozialisiert“ sieht, nickt. „**Die Kommune sollte planen, steuern und mitgestalten.** Dafür gibt es sehr gelungene Beispiele und das nicht nur als Lückenfüller. Die Kommune kann eine von allen akzeptierte neutrale Rolle einnehmen.“ Dazu meldet sich eine Teilnehmerin aus dem Plenum zu Wort: „Das Problem dabei ist aber doch der Datenschutz, der den Datenfluss verhindert.“ Dieses Problem kennt *Borchardt*, sie sagt: „Die Kassen kennen alle Daten und Fakten. Aber trotzdem steuert keiner, wer wann und wo welchen Platz oder welches Angebot benötigt und bekommt. Tatsächlich wissen wir darüber nichts, alles ist im freien Fall.“

Nun greift *Rothgang* noch einmal den Einwurf von Simone Fischer auf, dass sich Reformen nicht nur am Sparen ausrichten dürfen, und sagt: „**Wer denkt, dass mehr Prävention Einsparungen bringen könnte, der liegt falsch!** Denn JEDER wird pflegebedürftig, wenn er alt ist, JEDER, da gibt es kein Entrinnen.“ *Borchardt* widerspricht ihm vehement: „Aber das Alter ist KEINESWEGS gleichbedeutend mit Pflegebedürftigkeit! Deshalb bringt Prävention sehr wohl was!“ Doch *Rothgang* fährt unbeirrt fort: „Mich macht auch ärgerlich, wenn in Zusammenhang mit Einsparungen von der Abschaffung des Pflegegrades 1 die Rede ist. **Das ist doch eine Nebelkerze, da wird mit falschen Zahlen operiert.** Tatsächlich würde das der PV nur ein Prozent ihrer Ausgaben ersparen. Oder die Diskussion über höhere Schwellenwerte bei den Pflegegraden – alles politisch ausgewürfelt.“

*Dürrmann* kommt nun zu den ständig steigenden Eigenanteilen und fragt, wieder an *Borchardt* gerichtet, nach dem Sockel-Spitze-Tausch und was von ihrer Partei dazu zu

erwarten ist. Die CDU-Frau entgegnet, dass „irgendwer das bezahlen muss. Deshalb wird es mit uns keine Vollversicherung geben, da ist die rote Linie.“ – „Und wo stehen die Grünen?“, wendet sich Dürrmann an *Fischer*. Die antwortet: „Für den Sockel-Spitze-Tausch spricht einiges. In jedem Fall wollen wir die Deckelung der Eigenanteile und eine solide Finanzierung. Da sollten wir auch stärker auf die Einnahmenseite schauen, möglicherweise Beamte und Selbständige in die PV mit einbeziehen, eine andere Lastenverteilung vornehmen.“ *Borchardt* will das nicht kommentieren, plädiert aber auch für eine Strukturreform. „Das heißt Veränderung, die nach Umdenken und Bereitschaft verlangt. Aber das sehe ich nicht.“ – „Dann könnte es sein, dass sich 2026/2027 nichts ändert?“, setzt *Dürrmann* nach. Aber so pessimistisch will das *Borchardt* nun auch wieder nicht sehen.

*Heinz Rothgang* hakt wieder ein: „Es geht doch nicht nur ums Geld, ja, es braucht eine Strukturreform. Nebenbei: Auch bei den Einrichtungen der Altenhilfe sehe ich viele ohne Änderungswillen. Aber zurück zur Begrenzung der Eigenanteile, die nur über den Sockel erzielt werden kann. Das ist alternativlos. Aber wie hoch? 700 oder 1.000 Euro?“ *Dürrmann* befürchtet, dass die Menschen in dieser Frage „sprichwörtlich im Regen stehen gelassen werden“, und geht dann zum Problem Personalmangel über. „Bis 2036 gehen 16,5 Millionen Menschen in Rente, dafür kommen 12,5 Millionen aus der Schule raus. **Wir werden vor einer klaffenden Lücke von 4 Millionen Arbeitskräften stehen, benötigen also dringend Einwanderung.** Aber wo sind die Wohnungen für Zugewanderte? Wie können wir diesen Transformationsprozess bewältigen?“ – „Und die Anerkennungsverfahren für Zugewanderte sind auch viel zu lang“, ergänzt *Fischer*. Von Frühverrentung – außer in der Pflege, wo körperlich und mental sehr anstrengende Arbeit verrichtet werde – hält die Grüne nicht viel. *Borchardt* hingegen macht sich nicht so viele Sorgen um den Mangel an Pflegekräften. „Wenn jeder nach seiner Kompetenz und Qualifikation arbeitet, wird genug Personal freigesetzt. Dann sollte die Pflegefachkraft aber auch nicht als Service- oder Putzkraft agieren.“

Die Frage der Zuwanderung beschäftigt auch eine Leitungskraft im Publikum: „Bei uns im Osten sind bald Landtagswahlen. **Aber was tun, wenn dann die AfD ans Ruder kommt?**“ *Rothgang* entgegnet: „Wir alle, auch hier im Raum, können was tun. **Pflege funktioniert nicht ohne Menschen mit Migrationshintergrund. Das muss man auch den Angehörigen und Familien klar machen!**“ Für diese Worte erntet er Sonderapplaus.